

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Aus: Ausgabe vom 16.12.2017

Von Reinhard Lauterbach
20.12.2017

Moskau warnt vor Provokationen

Russische Thinktanks bereiten sich vor den Wahlen auf westliche

Destabilisierungsversuche vor



Der russische Präsident Wladimir Putin am 11. Dezember auf dem Flug nach Syrien

Foto: Sputnik/Mikhail Klimentyev/Sputnik via REUTERS

Kurz nach der Ankündigung seiner Kandidatur bei der Präsidentschaftswahl 2018 hat Wladimir Putin einen weitgehenden Rückzug der russischen Truppen aus Syrien angeordnet. »Ihr geht als Sieger, danke für euren Dienst«, sagte der Staatschef Anfang der

Woche bei einem Besuch auf der russischen Luftwaffenbasis Hmeimim in Syrien – eine Botschaft an die russische Öffentlichkeit. Es ist offen, ob der Westen Putin dieses »Mission accomplished« drei Monate vor der Wahl gönnen wird. Russische Thinktanks haben deshalb Szenarien entwickelt, an welchen Fronten die USA und die EU versuchen könnten, Putins Wahlchancen zu beeinträchtigen.

Ganz oben bei den nach außen gelangten Befürchtungen stehen zwei reale Kriegsoptionen. Die eine wäre eine neue ukrainische Offensive im Donbass im Januar oder Februar. Sie würde Russland vor die Alternative stellen, seine militärische Unterstützung für die Volksrepubliken explizit zu machen oder einen demütigenden Rückzug anzutreten. Letzteres wäre für Russland nicht so sehr militärisch gefährlich: Das Kräfteverhältnis hat sich dort seit den letzten größeren Gefechten im Winter vor zwei Jahren nicht wesentlich geändert. Der Schaden läge auf geo- und innenpolitischem Gebiet: Bei den russischen Nationalisten würde Putin das Ansehen verlieren, das er als Verteidiger der »russischen Welt« 2014 aufgebaut hat. Und natürlich wäre ein Fallenlassen der Republiken mit dem Eingeständnis verbunden, dass Russlands bisher massivster Versuch, im »nahen Ausland« Einfluss zu nehmen, letztlich gescheitert ist. Das würde eine solche Umformatierung der russischen Staatsräson bedeuten, dass ein Nachgeben an dieser Front unwahrscheinlich ist. Die zweite Möglichkeit ist nach Einschätzung der russischen Strategen eine Provokation der USA in Syrien, etwa ein massiver Luftschlag gegen die Streitkräfte der Regierung. Dieses Szenario ist um einiges brisanter als das ukrainische, denn es birgt die Gefahr, dass der bisherige politische Ertrag des russischen Feldzugs in Syrien zunichte gemacht würde. Moskau könnte sich gezwungen sehen, seinen Verbündeten Baschar Al-Assad fallen zu lassen. Damit würde es aber das neugewonnene Ansehen wieder verlieren, das Russland in Teilen des Nahen Ostens, von der Türkei über den Iran bis nach Ägypten, als Schutzmacht oder zumindest als real zu berücksichtigender Machtfaktor genießt. Oder es müsste riskieren, zumindest in der Luft in einen direkten bewaffneten Konflikt mit den USA verwickelt zu werden. Es ist deutlich, dass diese Möglichkeit Moskau einiges Kopfzerbrechen bereitet, denn ob die Unterstützung der russischen Öffentlichkeit für Putins robustes internationales Auftreten auch einen echten Krieg gegen einen gleichwertigen Gegner mit entsprechenden Verlustrisiken aushalten würde, ist unklar.

Weitere Optionen westlicher »Wahlbeeinflussung« könnten sich an das ukrainische Szenario anschließen, zum Beispiel durch noch weiter gehende Sanktionen, verbunden mit Druck auf die Oligarchen über den Hebel ihrer Auslandsvermögen. Das Vorgehen der französischen Behörden gegen Sulejman Kerimow, den in Südfrankreich wegen

mutmaßlicher Geldwäsche und Steuerverkürzung unter Hausarrest gestellten Geschäftsmann und Senator, könnte ein Testballon solcher verschärfter Einflussnahme sein. Könnte der Westen auf diese Weise Teile der Oligarchie veranlassen, ihre Loyalität zu Putin und seinem System aufzugeben und beispielsweise Leute wie Alexej Nawalny großzügiger zu finanzieren? Kurzfristig wohl nicht. Aber der Westen könnte versucht sein, es auf den Versuch ankommen zu lassen. Das würde zwar die korrupte Struktur solcher »Farbenrevolutionen« nur bestätigen, aber bei solchen Operationen kommt es auf den Erfolg an.

Die in Moskau durchdeklinierte Frage eventueller neuer Terroranschläge als Mittel des »Wahlhackings« scheint dagegen etwas übertrieben. Die Erfahrungen auch westlicher Staaten nach solchen Attentaten zeigen, dass sich die Bevölkerung in aller Regel hinter der Staatsmacht zusammenschließt. Es gibt keinen Anlass anzunehmen, dass das in Russland anders wäre.